

Antrag Nr. 25-O-06-0010

Fraktion B 90/Grüne

Betreff:

Antrag zum Beschlussvorschlag SV 25-V-61-0010

Antragstext:

Antrag Fraktion B90/Grüne

Die Beschlussvorschläge im Fachbeitrag Siedlungsentwicklung werden hinsichtlich der Prüfflächen im Bereich Wiesbaden-Auringen wie folgt gefasst:

Fläche Eselspfad/Am Hinkelhaus (A-2),

Vorschlag für den FNP2024: Prüffläche nicht übernehmen.

Fläche Alt-Auringen-Ost (A-3),

Vorschlag für den FNP2024: Prüffläche nicht übernehmen (unverändert).

Fläche Alt-Auringen-Süd (Krautäcker) (A-7),

Vorschlag für den FNP2024: Prüffläche nicht übernehmen (unverändert).

Fläche Östlich der L 3028 (A-1),

Vorschlag für den FNP2024: Prüffläche nicht übernehmen.

Der Ortsbeirat Wiesbaden-Auringen nimmt ansonsten den Fachbeitrag Siedlungsentwicklung zur Kenntnis. Er hält es aber nicht für nachhaltig, die Wohnungsprobleme der Stadt Wiesbaden durch massive Flächenversiegelung, schon gar nicht im dörflich strukturierten Stadtteil Wiesbaden-Auringen, lösen zu wollen.

Begründung:

Die Fläche A-2 ist eine reich strukturierte, naturräumlich wertvolle und klimatisch wichtige Fläche, die erhalten bleiben soll. Der minimal realisierbare Siedlungszuwachs rechtfertigt nicht die Zerstörung

dieses Naturraumes, zumal nach den dokumentierten Planungen im Bereich, der zur Teilbebauung vorgesehen wird, ein Biotop dokumentiert ist. Der Vorschlag, eine Teilbebauung vorzusehen, wird daher abgelehnt.

Die Fläche A-1 ist durch die stark befahrene L 3028 von den gewachsenen Ortsstrukturen abgeschnitten

und stark dem Lärm durch die A 3 und die L 3028 ausgesetzt. Neben der Zerstörung eines Kaltluftentstehungsgebietes bestünde die Gefahr, eine isolierte Struktur zu schaffen, die zu einer massiven Zunahme des Verkehrs in Richtung Wiesbaden und damit im alten Ortskern führen würde.

Der Vorschlag, eine Teilbebauung vorzusehen, wird daher abgelehnt.

Generell erscheint es nicht zielführend, die Wohnungsprobleme des Stadtbereiches Wiesbaden in einem dörflich strukturierten Stadtteil Wiesbadens lösen zu wollen. Auch werden in der Vorlage keine Wege aufgezeigt, wie durch neue Instrumentarien der dringend gebotene Verzicht auf massive

Flächenneuversiegelung unterstützt und umgesetzt werden kann.

Wiesbaden, 28.08.2025